L 11 R 1004/12

Land
Baden-Württemberg
Sozialgericht
LSG Baden-Württemberg
Sachgebiet
Rentenversicherung
Abteilung
11
1. Instanz
SG Freiburg (BWB)
Aktenzeichen
S 11 R 2704/11
Datum
16.02.2012
2. Instanz
LSG Baden-Württemberg
Aktenzeichen
L 11 R 1004/12
Datum
21.08.2012
3. Instanz
Bundessozialgericht
Aktenzeichen

-

Datum

-

Kategorie

Urteil

Die Berufung gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 16.02.2012 wird zurückgewiesen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Im Streit stehen die von der Klägerin ab dem 01.01.2009 aus der Rente zu zahlenden Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Die 1952 geborene Klägerin bezieht von der Beklagten seit Oktober 2000 eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Im Bewilligungsbescheid vom 05.05.2003 setzte die Beklagte die monatliche (Brutto-)Rente ab 01.07.2003 auf 1.033,35 EUR fest. Der Beitragsanteil der Klägerin zur Krankenversicherung wurde mit 73,88 EUR ausgewiesen. Der Berechnung lag der allgemeine Beitragsatz der Beigeladenen von 14,3 % zugrunde.

Mit Bescheid vom 05.02.2007 nahm die Beklagte wegen der Änderung des Beitragsatzes zur GKV eine "Neuberechnung der Rente" ab dem 01.04.2007 vor. Die monatliche (Brutto-)Rente blieb unverändert. Der von der Klägerin zu zahlende Krankenversicherungsbeitrag wurde mit insgesamt 84,22 EUR ausgewiesen. Der Betrag errechnete sich bei einem allgemeinen Beitragsatz der Beigeladenen von 15,4 % aus dem hälftigen Anteil der Klägerin aus 14,5 % sowie zusätzlichen von der Klägerin allein zu tragenden 0,9 %. Widerspruch und Klage gegen diesen Bescheid blieben erfolglos. Unter dem Aktenzeichen [L 11 R 1005/12](#) ist das Berufungsverfahren anhängig.

Mit Bescheid vom 09.12.2008 wies die Beklagte die Höhe des ab dem 01.01.2009 von der Klägerin zu zahlenden Krankenversicherungsbeitrags mit 86,13 EUR aus. Dieser Betrag errechnete sich aus dem einheitlichen allgemeinen Beitragsatz von 15,5 %, wobei 0,9 % allein von der Klägerin und 14,6 % je zur Hälfte von der Klägerin und der Beklagten zu tragen waren, und der mittlerweile erhöhten (Netto-)Rente der Klägerin von 1.050,36 EUR. Hiergegen legte die Klägerin am 08.01.2009 Widerspruch ein. Der Widerspruch richte sich gegen die Anhebung des Beitragsatzes auf 15,5 %. Die dauernden Zugriffe auf die Rentenansprüche hätten enteignenden Charakter und seien nicht mehr gerechtfertigt. Mit Widerspruchsbescheid vom 22.04.2010 wies die Beklagte den Widerspruch zurück. Zur Begründung führte sie aus, die Rentenversicherungsträger seien verpflichtet, die geltenden Gesetze auszuführen. Der einheitliche allgemeine Beitragsatz sei ab dem 01.01.2009 anzusetzen und betrage 15,5 %. Ab dem 01.07.2009 sei der Beitragsatz auf 14,9 % abgesenkt worden, weshalb der Beitragsanteil der Klägerin ab diesem Zeitpunkt nur noch 84,97 EUR betrage.

Am 30.04.2010 hat die Klägerin beim Sozialgericht Freiburg (SG) Klage erhoben (S 4 R 2278/10). Mit Beschluss vom 25.08.2010 hat das SG das Ruhen des Verfahrens angeordnet. Am 19.05.2011 hat die Beklagte das Verfahren wieder angerufen.

Zur Begründung ihrer Klage hat die Klägerin ausgeführt, die Rente sei unter Ansatz des Beitragsatzes, der vor dem Bescheid vom 09.12.2008 gegolten habe, zu gewähren. Rentnern würden immer neue Belastungen auferlegt. Die Grenze des Gestaltungsspielraums sei längst überschritten. Sämtliche Maßnahmen seien unverhältnismäßig. Sie seien nicht geeignet, hinsichtlich des angeblichen Ziels eine Änderung herbeizuführen. Die desolante Finanzlage der Krankenkassen könnten auch mit einem Beitragsatz von 25 % nicht behoben werden.

Mit Gerichtsbescheid vom 16.02.2012 hat das SG die Klage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, die Beklagte habe den von der Klägerin zu tragenden Beitragsanteil in Anwendung der gesetzlichen Grundlagen zutreffend festgesetzt. Die gesetzlichen Regelungen begegneten keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.

Am 07.03.2012 hat die Klägerin beim Landessozialgericht (LSG) Berufung eingelegt und zur Begründung ausgeführt, trotz der geringen Mehrbelastungen infolge der einzelnen Beitragssatzerhöhungen liege unter Berücksichtigung sämtlicher Kürzungen der vergangenen Jahre ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Grundrecht aus [Art 14 GG](#) vor. Eine Gesamtbetrachtung sei bislang von der Rechtsprechung nicht vorgenommen worden. Der Argumentation, dass bei einer Beitragssatzerhöhung die "Bruttorente" nicht angetastet werde, könne nicht gefolgt werden. De facto führe dies zu einer fehlenden Justiziabilität. Die Rentenanswartschaften seien über die Dauer von 15 Jahren komplett ausgehöhlt worden, weshalb eine sinnvolle Privatnützigkeit nicht mehr gegeben sei. Alle Belastungen der vergangenen Jahre müssten in die Prüfung mit einfließen. Das Rentenniveau sei auf einen Status quo von 1995 eingefroren worden. Es seien Abschläge bei Altersrenten und Hinterbliebenenrenten, die Zulässigkeit der Erhebung von Zusatzbeiträgen, die Versteuerung der gesetzlichen Renten und ein zusätzlicher Krankenversicherungsbeitrag eingeführt und der Pflegeversicherungsbeitrag sowie der allgemeine Beitragssatz der Krankenversicherung angehoben worden. Prognostisch sei mit weiteren Anhebungen der Beiträge zu rechnen. Demgegenüber sei es unterlassen worden, eine Dynamisierung der Rentenansprüche im Sinne eines Inflationsausgleichs herbeizuführen. Eine Konsolidierung der Sozialversicherungssysteme sei durch Beitragssatzerhöhungen offensichtlich nicht zu erreichen. Die Verhältnismäßigkeit sei nicht mehr gewahrt. Auch [Art 19 Abs 4 GG](#) sei tangiert. Durch die schrittweise Mehrbelastungen der Rentner sei ein sinnvoller Rechtsschutz nicht möglich. Schließlich zeige der derzeitige Überschuss in den Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung, dass die Beitragssatzerhöhungen zwischenzeitlich vollkommen überflüssig geworden sei. Daran zeige sich auch, dass nur eine gute Konjunktur zur Konsolidierung führen könne und sämtliche Kürzungssysteme eher kontraproduktiv gewesen seien. Zur Konsolidierung der Konjunktur seien die Abgaben zu senken.

Die Klägerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 16.02.2012 und den Bescheid der Beklagten vom 09.12.2008 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 22.04.2010 aufzuheben und die Revision zuzulassen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die von der Beklagten vorgelegte Verwaltungsakte sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die nach den [§§ 143, 144 Abs 1 Nr 1, 151 Abs 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Klägerin, über die der Senat gemäß [§ 124 Abs 2 SGG](#) mit dem Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung entscheidet, ist zulässig, jedoch nicht begründet.

Gegenstand der Klage ist die mit Bescheid vom 09.12.2008 vorgenommene Festsetzung der ab dem 01.01.2009 von der Klägerin aus der Rente zu zahlenden Beiträge zur GKV. Nicht streitgegenständlich sind die Beiträge zur Pflegeversicherung. Die Ausführungen der Klägerin beziehen sich allein auf die Krankenversicherungsbeiträge. Auch die Höhe des Rentenstammrechts ("Bruttorente") steht nicht im Streit. Hierüber hat die Beklagte im Bescheid vom 09.12.2008 nicht entschieden. Der Regelungsgehalt des Bescheids erschöpfte sich in der Feststellung der zu zahlenden Beiträge. Der Wert des Rentenrechts blieb unverändert. Demgemäß hat die Klägerin auch lediglich die Aufhebung des Bescheids und nicht zugleich die Gewährung einer höheren Rente beantragt.

Die Beklagte hat als zuständige Behörde (vgl BSG 18.07.2007, [B 12 R 21/06 R](#), SozR 4-2500 § 241a Nr 1 mwN) die Höhe der von der Klägerin zu zahlenden Beiträge zur GKV in rechtlich nicht zu beanstandender Weise festgesetzt.

Nach [§ 247 Abs 1](#) Sozialgesetzbuch Fünftes Buch ((SGB V), in der Fassung vom 26.03.2007 gültig vom 01.01.2009 bis 30.06.2011) gilt bei Versicherungspflichtigen für die Bemessung der Beiträge aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung der allgemeine Beitragssatz nach [§ 241 SGB V](#). Nach dieser Regelung (in der Fassung gültig bis 31.12.2010) hatte die Bundesregierung nach Auswertung der Ergebnisse eines beim Bundesversicherungsamt zu bildenden Schätzerkreises durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates erstmalig bis zum 01.11.2008 mit Wirkung ab dem 01.01.2009 den allgemeinen Beitragssatz in Hundertsteln der beitragspflichtigen Einnahmen festzulegen. Danach galt ab dem 01.01.2009 ein einheitlicher allgemeiner Beitragssatz von 15,5 %. Ab dem 01.07.2009 erfolgte eine Absenkung auf 14,9 %. Nach [§ 249a SGB V](#) (in der ab dem 01.01.2009 gültigen Fassung) trägt bei Versicherungspflichtigen, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, der Träger der Rentenversicherung die Hälfte der nach der Rente zu bemessenden Beiträge nach dem um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten allgemeinen Beitragssatz; im Übrigen tragen die Rentner die Beiträge.

Diese Rechtsgrundlagen hat die Beklagte zutreffend angewandt. Sie hat ab dem 01.01.2009 den einheitlichen allgemeinen Beitragssatz von 15,5 % zur Anwendung gebracht. Abzüglich des von der Klägerin zu tragenden Anteils in Höhe von 0,9 % ergibt sich ein Beitragssatz von 14,6 %, wovon die Klägerin die Hälfte zu tragen hatte. Ausgehend von einer monatlichen Bruttorente in Höhe von 1.050,36 EUR ergibt sich der von der Beklagten im angefochtenen Bescheid festgesetzte Zahlbetrag von 86,13 EUR (8,2 % von 1.050,36 EUR).

Die von der Beklagten angewandten Normen verstoßen nicht gegen höherrangiges Recht.

Das Bundessozialgericht (BSG) hat bereits entschieden, dass die alten Fassungen der [§§ 247 Abs 1 Satz 1, 241a](#) und [249a SGB V](#) (gültig von 01.07.2005 bis 31.12.2008) nicht gegen die Verfassung verstoßen (BSG 21.01.2009, [B 12 R 1/07 R](#), juris; BSG 24.8.2005, [B 12 KR 29/04 R](#), [SozR 4-2500 § 248 Nr 1](#)). Diese sahen bereits die Verschiebung der Beitragslast um 0,9 % zulasten der Rentner vor ([§ 241a SGB V](#) aF). Das BSG entschied, dass der Gesetzgeber 0,9 % des Beitragssatzes allein den Rentnern auferlegen durfte. Eine Verletzung von [Art 14 GG](#) folgte aus dieser damit verbundenen Verschiebung der Beitragslast um 0,45 % zulasten der Rentner nicht. Auch in der Anwendung des allgemeinen Beitragssatzes anstatt des ermäßigten Beitragssatzes sah das BSG keine Grundrechtsverletzung. Der Senat schließt sich der

Auffassung des BSG an und verweist auf die überzeugenden Ausführungen in den genannten Urteilen.

Ebenso hat das BSG entschieden, dass die mit den genannten Vorschriften verbundenen Belastungen der Rentner auch im Kontext anderer Beitragserhöhungen der vergangenen Jahre und weiterer "Einschnitte" im Leistungsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung wie dem Unterbleiben der Rentenanpassung im Jahr 2005 sowie der ab 2005 schrittweise beginnenden Besteuerung von Renten keine Überforderung der Rentner darstellen (BSG 21.01.2009, [B 12 R 1/07 R](#), juris). Das BSG hat die Minderung der monatlichen Nettorente infolge der Erhöhung der Beitragslast im Rahmen einer auch kumulative Effekte einbeziehenden verfassungsrechtlichen Betrachtungsweise als nicht so gewichtig angesehen, dass sie die Legitimation des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung verfassungsrechtlich in Frage stellt (BSG 18.07.2007, [B 12 R 21/06 R](#), SozR 4-2500 § 241a Nr 1). Auch in der Summe senkten die Überbürdung der zweiten Beitragshälfte in der sozialen Pflegeversicherung zum 01.04.2004 und die Einführung eines zusätzlichen Krankenversicherungsbeitrags zum 01.07.2005 das Rentenniveau typischerweise nicht derart ab, dass die Rente ihre prinzipielle Struktur und ihre Funktion als freiheits- und existenzsichernde Leistung verliert (BSG 18.07.2007, [B 12 R 21/06 R](#), SozR 4-2500 § 241a Nr 1).

Bei additiver Betrachtungsweise folgt eine Verfassungswidrigkeit der Rechtsgrundlagen auch nicht aus den Änderungen zum 01.01.2009. Im Ergebnis einzige Neuerung ist der Ansatz des einheitlichen allgemeinen, anstatt des kassenindividuellen Beitragssatzes ([§ 247 Abs 1 SGB V](#)). Diese Änderung war Folge der Neustrukturierung der Finanzierung der Krankenkassen. Die damit einhergehende Erhöhung der Beitragslast der Klägerin betrug im Vergleich zu 2008 nur 0,05 % ihrer Bruttorente. Durch diese Änderung in der Beitragssatzhöhe verlor die Rente weder ihre prinzipielle Struktur noch ihre Funktion als freiheits- und existenzsichernde Leistung. Ab dem 01.07.2009 wurde der Beitragssatz sogar auf 14,9 % abgesenkt. Im Vergleich zu 2008 trat damit eine Entlastung ein.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193 SGG](#).

Gründe für eine Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Rechtskraft

Aus

Login

BWB

Saved

2012-09-03